

# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7½ Uhr.  
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

Nr. 91.

Donnerstag den 8. Mai.

1884.

## \*\* Der beschränkte Untertanenverstand in Mecklenburg.

Mitten in dem deutschen Reich, das sich wenigstens der äußeren Form nach im Ganzen wie in den meisten Einzelstaaten verfassungsmäßigen Lebens erfreut, liegt als eine wohlhabende, aus der feudalen Zeit des Mittelalters stammende, nur mit einigen polizeistatlichen Anbauten versehene Ruine das Land Mecklenburg. Den mit dem Geiste des modernen Staates erfüllten Zeitgenossen klingt Manches, was dann und wann aus dem Lande der Döbtriten berichtet wird, fast ungläublich. Soeben kommt wieder eine solche Kunde aus dem Lande Mecklenburg, deren Einzelheiten wir einer Darstellung der „Rostocker Abendzeitung“ entnehmen.

Der moderne Staat beruht auf Rechten, die allen Bürgern in gleicher Weise zu gute kommen. Der alte feudale Staat beruht auf Vorrechten, auf „Privilegien“, die einem Theile der Gesamtheit auf Kosten der Uebrigen verliehen sind. Dieser Gegensatz von Rechten und Vorrechten ist noch heute auch im übrigen Deutschland noch nicht ausgeglichen. Unser heutiges politisches Leben basiert darauf. Der Liberalismus kämpft für allen Bürgern in gleichem Maße zukommende Rechte. Die Reaction ist immer bestrebt, einer Mindertheit Vorrechte auf Kosten der Gesamtheit zu verschaffen. Alles, was einen Sondervortheil auf Kosten Anderer erstrebt, muß sich der Reaction in die Arme werfen — sei es ein Priester, der für seine Kaste die alleinige Herrschaft auf kirchlichem Gebiete erstrebt, der jeden Laien nur als ein Individuum aus der großen rechtlosen „Herde“ betrachtet; sei es ein Junker, der die ehemaligen Vorrechte seines Standes gegenüber dem Bürger und Bauern wieder erneuen will und alle einfluß- und ertragreichen Stellen im Staate als von Gottes und Rechtswegen seinem „Stand“ zukommend betrachtet; sei es ein Industrieller, der die Käufer seiner Fabrikate durch Zölle zwingen will, für diese einen höheren Preis anzulegen; sei es ein Handwerker, der sich die unbedingte Concurrenz, die ihn zur Anspannung aller Kräfte zwingt, durch Junksprivilegien vom Hals schaffen will. Alle diese Interessenten, welche größeren Einkommen und größeren Einfluß nicht durch eigene Thätigkeit, sondern durch mit staatlichen Mitteln erzählte Zurückdrängung der Interessen Anderer, auf Kosten der Gesamtheit erwerben wollen, bilden zusammen den reactionären Rattenchwarm, welcher willig der Peise folgt, die ihm die Vorrechte, die ihm die Bevorzugung seiner Sonderinteressen auf Kosten der Allgemeinheit verspricht.

Während man sonst neue Privilegien erstrebt, stehen in Mecklenburg noch viele der alten Privilegien aus feudaler Zeit in voller Blüthe. Natürlich hat sich die Minderheit den Hauptantheil daran zu erhalten gewußt. Aber auch die Städte haben sich aus alter Zeit mancherlei Privilegien gewahrt. Diese städtischen Privilegien kommen aber nicht allen städtischen Bürgern, sondern nur bevorzugten Klassen zu Gute. Die Stadt Rostock erfreut sich z. B. einer ausgedehnten Selbstver-

waltung. Wer aber nicht Mitglied eines der vier bürgerschaftlichen „Quartiere“ ist, hat gar keinen Theil daran, sondern ist als Bürger der Commune rechtlos. Im Jahre 1848 hat man die alte Einrichtung der „Quartiere“ abgeschafft und eine Stadtverordnetenversammlung nach modernem Muster eingeführt; als aber auch in Mecklenburg die junge Saat der Freiheit bald durch einen reactionären Rückschlag gekniet wurde, wurde im Jahre 1851 die neue Stadtverordnetenversammlung aufgelöst, und die alten „Quartiere“ mit ihren Privilegien für einzelne Klassen wurden wiederhergestellt, ein sehr großer Theil der Bürgerschaft wieder rechtlos gemacht: doch sprach dabei die großherzogliche Regierung die Erwartung aus, „daß E. E. Rath sich ehebaldigst mit den bürgerschaftlichen Quartieren über ein Bürgerauschuß-Statut einige und dasselbe der Regierung zur Befähigung vorlege.“

Darüber ist jetzt ein volles Menschenalter vergangen, das „ehebaldigst“ ist aber noch nicht eingetretten, noch immer besteht die Einrichtung die alten Quartiere fort, noch immer ist ein großer Theil der Bürgerschaft rechtlos. Da ist denn vor einiger Zeit ein „Städtischer Verein“ gegründet worden zu dem Zweck, Reformen der allseitig als mangelhaft anerkannten Stadtverfassung anzubahnen. Der junge Verein hatte erst zwei Sitzungen abgehalten, als ihm auf Veranlassung der Regierung durch die Polizei bedeutet wurde, darüber Auskunft zu geben, ob er ein politischer Verein sei oder nicht. Bei Beginn der Reactionsperiode der Fünfziger Jahre ist nämlich eine großherzogliche Verordnung (vom 27. Januar 1851) erlassen, wonach politische Vereine einer landespolizeilichen Genehmigung bedürfen. Der Vorstand des Vereins reichte nun unterm 10. März cr. seine Statuten ein und stellte die Genehmigung dem Ministerium anheim, weil er annahm, daß ein Verein, dem Mitglieder verschiedener politischer Parteien angehören und der keinerlei parteipolitische Tendenzen hat, die Genehmigung nicht verweigert werden könne; inzwischen wurden die Versammlungen des Vereins eingestellt. Soeben ist jetzt bei dem Vorstande des Vereins ein vom 1. Mai 1884 datirter Bescheid des mecklenburgisch-schwerinschen Ministeriums des Innern eingetroffen, durch welchen der „städtische Verein“ für einen politischen Verein erklärt und zugleich die für einen politischen Verein erforderliche landespolizeiliche Genehmigung verweigert wird, „da die Befürchtung begründet erscheint, daß die beabsichtigte Thätigkeit des Vereins unter den gegebenen Verhältnissen keine ersprießliche sein wird.“

Das Wort vom „beschränkten Untertanenverstand“, welches einst vor mehr als 40 Jahren der preussische Minister v. Rogow den städtischen Behörden von Elbing gegenüber angewandt, ist berühmt oder vielmehr berächtigt geworden, weil sich darin in auffallender Weise die überfluge Regierungsallmacht und Regierungsweisheit einer verschwundenen Periode manifestirte, die dem Staatsbürger seiner Inferiorität wegen die Theilnehmung an den öffentlichen Angelegenheiten untersagen wollte, es ihm als Anmaßung auslegte, wenn er sich der Regierungswisheit gegenüber überhaupt nur ein Urtheil erlaube. Der vom 1. Mai 1884 datirte

Bescheid des mecklenburgisch-schwerinschen Ministeriums ist ein würdiges Seitenstück dazu. Weil das Ministerium in seiner Allweisheit befürchtet, daß ein Verein, der sich lediglich mit communalen Angelegenheiten beschäftigt, eine nicht ersprießliche Thätigkeit entfalten könnte — worauf diese Befürchtungen basiren, wird gar nicht angegeben — darum wird die Thätigkeit des Vereins von vorn herein unmöglich gemacht! Man ersieht daraus, daß die mecklenburgischen Staatsbürger seitens ihrer Regierung als ein unreifes, unmündiges Volk angesehen werden. Seitens der mecklenburgischen Mitglieder der deutsch-freisinnigen Partei ist angeregt worden, daß im Reichstage die Wiedereinführung Mecklenburgs in die Reihe der constitutionellen Staaten zur Sprache gebracht und auf Ausführung gedungen werde. Man ersieht aus diesem Vorfalle, wie sehr nöthig dies ist. Es geht doch nicht, daß die mecklenburgischen Staatsbürger, welche durch die Reichstagswahlen mit zur Entscheidung der allerwichtigsten Expeditionsfragen des Reichs berufen sind, durch ihre Regierung für unfähig erklärt werden, eine ersprießliche Thätigkeit aus nur auf dem engsten communalen Gebiete zu entfalten!

## Politische Uebersicht.

Der Bericht der Commission für das Sozialistengesetz liegt nunmehr gedruckt vor. Die Abstimmung im Plenum des Reichstages wird jedenfalls am Freitag erfolgen. In der Commission hat sich bei der Formulirung des Schlusssatzes zu dem Bericht, der die Erwartung ausdrückt, daß dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Session ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, welcher den durch die bestehende Gesetzgebung nicht genügend getroffenen Befahren, welche aus verbrecherischer Anwendung oder aus der unbefugten Vereitung, Innehaltung und Verbreitung von Sprengstoffen hervorgehen, entgegentritt, ein eigenthümlicher Zwischenfall abgespielt. Die Konservativen — und nach einem Berichte auch der Minister v. Buttiker — drangen darauf, daß die Commission beim Plenum die Ablehnung der Regierungsvorlage beantragen sollte. Die Commission hat ihrerseits allerdings abgelehnt, insofern Stimmengleichheit als Ablehnung gilt; aber sie kann, eben weil Stimmengleichheit vorhanden war, betreffs der Vorlage gar nichts beim Plenum beantragen. Es ist bezeichnend, wenn gleich ein greifbarer Zweck nicht vorhanden war, daß man von gouvernementaler Seite durchaus einen Antrag auf Ablehnung provoziren wollte; es befähigt, wohinaus die Wünsche auf dieser Seite gehen.

Wie verschiedenen Blättern berichtet wird, ist Herr v. Bennigsen zu dem Entschlusse, an dem nationalliberalen Parteitage Theil zu nehmen, durch eine zu ihm nach Hannover entsandte Deputation seiner Parteigenossen im Parlament, bestehend aus den Herren v. Benda, Buhl und Döbelhäuser, bewogen worden. Danach darf man um so mehr erwarten, daß durch die Mitwirkung des Herrn v. Bennigsen die Rücksicht auf die gegenwärtigen positiven Aufgaben der politischen Thätigkeit auf dem Parteitage, im Gegensatz zu den Phrasen, zu ihrem Rechte kommen werden.

Die Beratung der Nordbahn-Vorlage im österreichischen Abgeordnetenhaus dürfte kaum vor Schluss der Woche beendet werden. Uebrigens ist schon jetzt mit Sicherheit vorauszusetzen, daß die Beratungen zu einer Ablehnung der Vorlage führen werden; die Linke, die Tschechen und die Polen haben sich bereits gegen dieselbe erklärt und nun haben auch die noch übrigen Klubs der Rechten erhebliche Bedenken gegen das Uebereinkommen erhoben und der Hofenwart-Klub hat sogar einen förmlichen Beschluß darüber gefaßt, daß der vorliegende Vertrag unannehmbar sei. Auf Seite der Rechten besteht die Absicht, eine Resolution zu beantragen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, neue Vorschläge zu unterbreiten, durch welche die Interessen des Staates mit Rücksicht auf die Konfessionsdauer, die Maximaltarife und größere finanzielle Vorteile besser gewahrt werden.

Auf die Einladung der englischen Regierung zur Konferenz hat jetzt Frankreich seine Bedingungen in London überreicht und Courcel mit der Weisung versehen, bis Mittwochs auf Antwort zu warten. Frankreich verlangt eine genaue Bezeichnung der Punkte, welche die Konferenz nach Englands Meinung in Beratung ziehen soll.

Endlich ist dem General Gordon der Geduldsfaden gerissen; er hat der englischen Regierung seine Entrüstung über deren Verhalten ihm gegenüber in unabweisbaren Worten ausgesprochen und zugleich erklärt, daß er den Delzweig des Friedensapfels nunmehr bei Seite lege, um dem Mahdi gegenüber im Sudan als Krieger aufzutreten. Es scheint auf den ersten Blick auszufallen, daß die Regierung selbst die betreffende Depesche veröffentlicht; dieser Schritt wird indessen sehr verständlich, wenn man bedenkt, daß sie Gordon's Erklärung benutzen kann, um sich jeder ferneren Verantwortlichkeit für sein Schicksal entheben zu erklären. Die Depesche Gordon's ist am 16. April aus Khartum datirt und an den Generalkonsul Baring in Khartoum gerichtet. Gordon klagt darüber, daß die Regierung keine Truppen nach Berber senden wolle und daß sie ihm die Zuteilung Lebensmittel verweigere. Er erachte sich, sagt Gordon hinzu, jetzt für berechtigt, frei nach den Umständen zu handeln, und werde Khartoum halten, so lange es ihm möglich sei; er werde den Aufstand zu unterdrücken suchen, falls ihm das aber nicht gelinge, seinen Rückzug nach dem Äquator hin antreten. Der Regierung müsse er die unauslöschliche Schande überlassen, die Garnisonen von Sennaar, Kassala, Berber und Dongola preisgegeben zu haben, er habe die Gewißheit, daß die Regierung, wenn sie den Frieden in Aegypten aufrecht erhalten wolle, schließlich gezwungen sein werde, den Mahdi unter großen Schwierigkeiten zu Boden zu werfen.

### Deutschland.

— (Hofnachrichten.) Se. Majestät der Kaiser unternahm am Montag in Potsdam eine Spazierfahrt nach dem Babelsberg und dort eine Umfahrt durch den Schlosspark, wo der Kaiser die neuen Anlagen, sowie verschiedene neue Einrichtungen zc. in Augenschein nahm. Mittels Extrazuges traf der Kaiser von Neubabelsberg Nachmittags um 4 Uhr in Berlin wieder ein. Dieser erste größere Ausflug nach der letzten Unpäßlichkeit ist, wie wir erfahren, dem Kaiser sehr gut bekommen.

— Ueber die Beschäftigung des ersten Garderegiments resp. des ersten Bataillons desselben wird noch aus Berlin berichtet: Seit Jahren gehört es zu den Gewohnheiten des Kaisers, daß er am 2. Mai, dem Tage von Groß-Görschen, die Vorstellung der Bataillone des 1. Garderegiments befehlt. Diesmal war aber das Wetter an diesem Tage so schlecht, daß der Kaiser unmöglich die Fahrt nach Potsdam unternehmen konnte, weshalb er die Inspizierung durch den commandirenden General des Gardecorps, Grafen Brandenburg, vornehmen ließ. Jedoch waren nur das 2. und Füßlerbataillon zu dieser Beschäftigung ausgerückt, da der oberste Kriegsherr das 1. Ba-

tillon, welches sein Enkel, Prinz Wilhelm im Winter commandirt hatte, selbst sehen wollte. Hierzu war der Montag bestimmt. Um 11 Uhr stand das Bataillon, mit der Regimentsmusik auf dem rechten Flügel, mit dem Rücken an das Bäldechen geleitet, in Linie im Lustgarten zu Potsdam aufmarschirt. Neben den Spielzeugen standen die directen Vorgesetzten, die Stabsoffiziere und Offiziere der beiden anderen Bataillone, vor diesen die hierher commandirten spanischen Offiziere, die Militärbevollmächtigten der fremden Staaten, so wie eine große Anzahl sonstiger militärischer Zuschauer. Zur Begrüßung des Kaisers waren der Kronprinz und Prinz Alexander anwesend. Prinz Wilhelm stand vor der Front des Bataillons, mit gegogenem Säbel, seinen kaiserlichen Großvater erwartend. Aber nicht bloß auf ihn waren die Augen der Zuschauer gerichtet, sondern die Blicke wandten sich auch den unteren Festern des Schlosses zu, an denen die Prinzessin Wilhelm mit ihrem Sohn, dem Prinzen Wilhelm, stand, neben ihm wurde sein Bräutigam, Prinz Gisel-Friedrich, von der Wärterin gehalten. Als die offene Equipage des Kaisers die Brücke passirte und in das Portal einbog, ließ Prinz Wilhelm präsentiren und begab sich dann an den rechten Flügel der Leibcompagnie. Der Kaiser, in der Uniform des 1. Garderegiments, verließ schnell den Wagen und schritt, nach Begrüßung mit dem Kronprinzen, elastischen Schrittes der Treppenaufstellung zu, den Salut der Suite durch militärischen Gruß erwidern. Ein Murren des Staunens ging durch die Reihen der Zuschauer, als man den greisen Monarchen in solcher Frische und so wohl aussehend sich zu seinen Grenadiere begeben sah, die er mit lautem: „Guten Morgen, Grenadiere!“ begrüßte, worauf die Leute mit einem eben solchen, „Guten Morgen, Eure Majestät!“ erwiderten. Als Prinz Wilhelm den Rapport überreicht und der Kaiser mit seinem Gefolge und der ganzen Suite die Front abgeschritten hatte, formirte sich das Bataillon zum Paradeaufmarsch, der in Zügen ausgeführt wurde, deployirte sodann, machte Griffe, Wendungen und Marschübungen, zu denen der Prinz die Commandos mit lauter Stimme und großer Sicherheit gab. Es wurden alle Bewegungen der Bataillonschule durchgenommen, deren Frontcolonnen-Mannöver mit einer Altsade gegen das Schloß endete. Hier sammelte sich das Bataillon und präsentirte vor dem obersten Kriegsherrn, der sodann auf den Prinzen Wilhelm zuzug und ihm sehr schmeichelhafte Worte der Anerkennung sagte. Ein Paradeaufmarsch in Compagniefront, an dem auch die andern beiden Bataillone theilnahmen, bildete den Beschluß der Beschäftigung. Der Kronprinz zog seinen Degen und führte das Regiment bei seinem Vater vorbei. Bevor sich der Kaiser verabschiedete, ließ er noch die Reservisten des 1. Bataillons vortreten, saß an jeden ein huldvolles Wort richtend. Nachdem er sodann seinen Wagen bestiegen hatte, in dem auch der Kronprinz Platz nahm, fuhr der Kaiser die Front der als Zuschauer anwesenden Kriegsschüler entlang nach dem Regimentshause, um dort mit den Offizieren das Dejeuner einzunehmen.

— (Die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich) ist unter ihrem gewöhnlichen Inognito als Gräfin Hohenems mit ihrem Gefolge am 3. Morgens in Amsterdam, von Heidelberg kommend, eingetroffen, wo die Herzogin Marie Valerie, wie es heißt, eines leichten Unwohlseins wegen zurückgeblieben ist.

— (Hofrauer.) Der königliche Hof legte gestern für die vor einigen Tagen in Prag geforderte Kaiserin Maria Anna, Wittve des Kaisers Ferdinand I. von Oesterreich, die Trauer auf drei Wochen an.

— (Grundsteinlegung.) Eine Berliner Correspondenz meldet, der Kaiser habe am Dienstag die Ordre vollzogen, mittelst welcher die Grundsteinlegung für das neue Parlamentsgebäude am künftigen Sonnabend, 10. Mai, dem 14. Jahrestage des Frankfurter Friedens, angeordnet wird. Wir geben die Nachricht mit allem Vorbehalt, da uns die Frist von vier Tagen für die erforderlichen mannigfachen Vorbereitungen zu kurz bemessen erscheint.

### Parlamentarische Nachrichten.

**Abgeordnetenhause.** (Sitzung vom 6. Mai.) Das Abgeordnetenhause genehmigte heute die Abänderungs-Proposition und das Eisenbahn-Berathungsgesetz in dritter Lesung und erledigte einige Commissionen; hierbei wurde der Antrag der Justizcommission, die Criminalrichter mit den Militärämtern alternierend im Gerichtsamt zu dienen, anzustellen, der Regierung zur Berücksichtigung überwiegen. — Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr: 3. Lesung des Communalsteuer-Nachgesetzes. Schluß 12<sup>1/2</sup> Uhr.

### Provinz und Umgegend.

† Nachdem in einer am Dienstag Vormittag 11 Uhr in der „Reichshalle“ zu Magdeburg abgehaltenen Versammlung der Wählervereine der Liberalen in der Provinz Sachsen und Anhalt aus Anlaß der Fusion der Liberalen Vereinigung mit der Fortschrittspartei seine Auflösung beschlossen hatte, fand von 12 bis 1/4 4 Uhr in Linders Saal die Delegirten-Versammlung der deutschen freisinnigen Partei statt, zu der etwa 200 Deputirte aus der Provinz Sachsen und dem Herzogthum Anhalt und die Abgeordneten Büchtemann, Ricker, Lerche, Parisius, Dr. Grese und Gronemeyer erschienen waren, von denen namentlich der Abg. Ricker sich zu wiederholten Malen an den Debatten betheiligte. Unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Hahn (Magdeburg) fand zunächst eine Besprechung der politischen Lage statt, nach deren Beendigung folgende Resolution zur einstimmigen Annahme gelangte:

Die Delegirtenversammlung begrüßt den Zusammenschluß der Fortschrittspartei und der Liberalen Vereinigung zur „deutschen freisinnigen Partei“ mit Freude; — sie nimmt mit Beugung auf die That, daß die Verschmelzung der beiden Parteien in allen wesentlichen Punkten unserer Vaterlandes die lebhafteste Zustimmung gefunden und bereits eine neue kräftigere Bewegung aller freisinnigen Elemente der Nation bewirkt hat; — die Delegirtenversammlung giebt der lebhaftesten Zustimmung, daß es der „deutschen freisinnigen Partei“ — bei erster Ummittelbarer Treue gegen Kaiser und Reich — bei erster Arbeit gelingen werde, ihre auf die Befreiung der liberalen Sache eben so wie auf die Befreiung der nationalen Einigung Deutschlands gerichtete Programms der Bevölkerung entgegen zu führen; dem Vaterlande zum Heil und dem ganzen Volke zum Segen.

Demnächst wurden Mittheilungen über den Stand der liberalen Sache in den einzelnen Wahlkreisen erstattet, bei welcher Gelegenheit der Abg. Ricker eine lebhafteste Unterstützung des (Sachsen-) Bauernvereins empfahl. Den gegen 4 Uhr beendigten Verhandlungen folgte ein Festessen im Ddeum. Abends 7 1/2 Uhr fand im großen Saale des Ddeum eine öffentliche Versammlung statt, auf die wir in nächster Nr. zurückkommen.

† Der in Halle in Arbeit stehende Gelbgießer Paul Rother stieg am Sonntag früh auf der Rabeninsel auf einen Baum, um eines der Krähennester, die bekanntlich zu Tausenden auf den Bäumen der Insel vorhanden sind, auszunehmen. Im Begriff, eine junge Krähe zu ergreifen, und wohl auch infolge eines Abstrichs, verlor er das Gleichgewicht und stürzte herab. Die Verletzungen, welche der unvorsichtige junge Mann hierbei erlitt, waren derart, daß er sofort, nachdem ihn seine mit anwesenden Freunde mittelst Kahn nach der Stadt gebracht, in die chirurgische Klinik übergeführt werden mußte, wo er bald nach der Einlieferung starb.

† Das Schwurgericht zu Nordhausen verurtheilte am Dienstag nach zweitägiger Sitzung den Dachbeder Wilhelm Engelmann aus Niesfeld und den Arbeiter Theodor Eisenhardt aus Wiegelsdorf wegen Ermordung des Forstgehülfen Bering zum Tode und den Arbeiter Friedrich Bösch zu Zuchthaus wegen Beihilfe zum Mord, Diebstahl, der Anstiftung zum Mord und 10 Jahren Zuchthaus. Das Publikum brach bei der Urtheilverkündung in Bravour auf.

† Ein seltenes Beispiel von Aufopferung einer Hahn für ihre Jungen, das gewiß Thierfreunde interessiren wird, ist kürzlich in Schönebeck beobachtet worden. Am Bahnkörper zwischen dort und Frohsie ist ein trockener mit Gras und Schilf bewachsener Platz, worin eine Hahn ihr Lager mit ihren Jungen hatte, wie der Bahnwärter beobachtet hatte. Eines Tages wurde durch Funken aus der Locomotive das trockene Schilf und Gras in Brand gesetzt und verholzte auf dem ganzen



**Ziehung am 28. Mai d.J.**  
**Hauptgew. Werth 10000 Mk.**

Die Gesamt-Netto-Einnahme aus dem Loosvertriebe wird zur Beschaffung der vollwerthigen Gewinne verwandt.

**XIV. Große Mecklenburgische Pferde-Verloofung zu Neubrandenburg.**  
 Ein-, zwei- und vierspännige Equipagen,  
 80 edle Reit- und Wagenpferde  
 und 1010 sonstige werthvolle Gewinne.

**Loose à 3 Mark**  
 sind zu beziehen durch H. Wollmann, General-Debit, Hannover, und die durch Plakate erkennlichen Agenturen.

**Täglich frischer Kaff**  
 Breitefrage 13, vis à vis der früheren Post.  
**Albert Kayser.**

**Flaschenbiere,**  
 als:  
**Nürnberger Exportbier** (Reifsch-Brauerei) 16 Fl. = 3 Mk.,  
**Nürnberger Schankbier** (Actien-Brauerei) 18 Fl. = 3 Mk.,  
**Blume des Eiskerthales** (Fürstl. Brauerei Köstritz) 20 Fl. = 3 Mk.,  
**Niebeck'sches Lagerbier** 24 Fl. = 3 Mk.,  
**Wilsener** (Hall. Act.-Brauerei) 24 Fl. = 3 Mk.,  
**Merseburger Bitterbier** 25 Fl. = 3 Mk.,  
**Berliner Weißbier,**  
**Weizenlagerbier** empfiehlt  
**Carl Adam.**

**Lungenkranken,**  
 Schwindsüchtigen etc. wird kostenfrei ein ganz vorzügliches Heilmittel mitgetheilt. Anfragen beantwortet gern.  
**Theodor Köfner, Leipzig.**

**Bestes Böllberger Weizenmehl**  
 empfiehlt **Carl Adam.**

|  |  |
|--|--|
| <b>Eskimo-Warcent</b> (echtfarbig) Mtr. 55 Pf.   | <b>Eilenburger Kattun</b> Mtr. v. 36 Pf. an  |
| <b>Elberfelder Körper</b> " " 50 " "   | <b>Elfasser Perfals</b> " " 60 " "   |
| <b>Blaudruck</b> (echtfarbig) " " 40 " "   | <b>Leinen-Schürzenzeug</b> " " 60 " "  |
| <b>Mühlhausener Halblama</b> " " 45 " "  | <b>halbw. Schürzenzeug</b> " " 75 " "  |
| <b>1/2 breit. Bettstaut</b> " " 65 " "   | <b>Mix-Lüstre zu Hauskleidern</b> " " 60 " "   |
| <b>Körper-Lüstre-Croisé</b> " " 65 " "   | <b>bunte und einfarbige Kleiderstoffe</b> in Halb- und reiner Wolle außergewöhnlich billig, 1/2 breite Bettzeug-Netze (echtfarbig) Mtr. von 60 Pf. |
| <b>Oberlausitzer und Bielefelder Netze:</b> Leinen à Schock von 18 Mk. an, 12 Berl. Ellen 3 Mk. offerirt |  |

**H. Taitza.**  
 NB. Bei Abnahme von größeren Posten gewähre 4% Rabatt.

**Badeanstalt** im hies. Königl. Schlossgarten, täglich von früh 6 bis abends 8 Uhr geöffnet.

Den geehrten Einwohnern von Merseburg und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich jeden Mittwoch und Sonnabend mit reinem Roggenbrade hier feil halte und liefere erste Sorte 10 Pfd. für 1 Mk., zweite " 11 " 1 " Stand vis à vis dem Rathskeller. Niederlage außer den Markttagen bei dem Handelsmann Heinrich Müller, Windb. 8. Achtungsvoll

**Emil Schmidt**  
 aus Dauchstädt.  
**Hühner- und Taubenfutter, Gaser, Gerste, Mais, Futtermehl, Graupenfutter, Maischrooot**  
 empfiehlt **Carl Adam.**

Einem hochgeehrten Publikum bringe ich mein reich assortirtes  
**Schuh- und Stiefelwaaren-Lager**  
 in empfehlende Erinnerung. Preise bekanntlich billigt.  
 Ergebenst  
**Zul. Mehne, fl. Ritterstraße 1.**

**Gänzlicher Ausverkauf.**  
 Wegen Aufgabe meines offenen Geschäfts stelle sämtliche Bentler- und Handschuhwaaren, Hosenträger, Bruchbandagen u. s. w. bis zum 1. Juni zum Ausverkauf.  
**Th. Raap, Delgrube 4.**  
 Dieser Laden mit 3 Stuben, Küche, Kammer, Torselack und Boden ist sofort zu beziehen und 1. Juni oder später zu beziehen.

**Tivoli.**  
 Freitag den 9. und Sonntag den 11. Mai  
**CONCERT**  
 der Tyroler Concert- und Jodler-Gesellschaft „Alpenrose“, bestehend aus 6 Damen und 4 Herren unter Direction des Herrn Zunder.  
**Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf.**  
 Billets à 40 Pf. sind vorher bei Herrn A. Wiese zu haben.

**Schneidebohnen, Preiselbeeren, Kirsch in Zucker, rote Rüben, Pflaumenmus, bosn. Pfannm.**  
 empfiehlt billigt **Carl Adam.**

**Directe Post-Dampfschiffahrt Hamburg-Amerika**  
 nach New-York jeden **Mittwoch u. Sonntag** mit Deutschen Dampfschiffen der **Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft**  
 August Bolten, Hamburg.  
 Auskunft u. Ueberfahrts-Berträge bei: **F. A. Laue in Beippenfeld.**

**Halbengl. Lederhosen, Prima-Qualität, à Paar 3,50 Mk., Arbeitshosen, Primaqualität, à Paar 2,50 Mk., Cord-Hosen, Extra-Qualität, à Paar 3 Mk., reinwollene Stoff-Hosen und -Westen, sehr billig, Arbeitswesten 1,75 Mk., Arbeitsjaquets, mit und ohne Futter, von 3,50 Mk. an, Flanellarbeitshemden von 1,35 Mk. an, do. Eskimo, echtfarbig, 1,70 Mk., weisse Männerhemden 1,65 Mk., do., für Frauen, von 1,75 Mk. an, dergleichen für Kinder, in weiß und bunt, außergewöhnlich billig, bunte und weisse Strümpfe, in Größen von 1-12, spottbillig, bunte und blaugedruckte Frauenjaeken von 85 Pf. an**  
 empfiehlt **H. Taitza,**  
 71 Neumarkt 71.

**Aufpolstern und Tapezieren**  
 empfiehlt sich **Carl Lintzel,**  
 Liefer Keller 3.

**Bürger-Verein für städtische Interessen.**  
 Dienstag den 13. Mai a. er., abends 8 Uhr,  
**General-Versammlung im Tivoli.**  
 Tagesordnung:  
 1) Wahl des zweiten Schriftführers;  
 2) Mittheilungen des Vorstandes;  
 3) Einriebung des sogenannten Schaafgrabens;  
 4) Entfernung einer Mäule auf dem Mühlus/Ther Trottoir;  
 5) Bedeckung der Mühlsteine in der Poststraße;  
 6) Pflasterung des Fußweges von dem Sirtthor nach dem städtischen Gottesacker und Regulirung der Einfahrt für die Leichenwagen.  
 Der Vorstand

**Allgemeiner Turn-Verein.**  
 Heute Donnerstag Abend präcis 8 Uhr **Eingetande.** Zahlreiches Erscheinen erwünscht.  
 Der Singwart.

**Bathskeller.**  
**Donnerstag Schlachtfest,**  
 dazu ladet freundlichst ein **C. Saller und sein großes**  
  
 Einige junge Damen können sich noch am Unterrock für Hand- und Maschinennähen, Waschgeschneiden und Unterrocken beteiligen.  
**A. Remus, Bornert 2.**  
 Ich mache hiermit bekannt, daß ich am 21. März er. sämtliche Grundstücke meines Mannes nebst Inventar käuflich von demselben übernommen habe. Zugleich bin ich die Verpflichtung eingegangen, alle bis zu jenem Termine von ihm gemachten Schulden zu bezahlen, woegen ich für solche, welche einer späteren Zeit angehören, in keiner Weise aufkomme.  
**Rosalie Dressler.**

# Merseburger Correspondent.

Erscheinung:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Erscheinung: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

Nr. 91.

Donnerstag den 8. Mai.

1884.

## Der beschränkte Untertanenverstand in Mecklenburg.

Mitten in dem deutschen Reich, das sich wenigstens der äußeren Form nach im Ganzen wie in den meisten Einzelstaaten verfassungsmäßigen Lebens erfreut, liegt als eine wohlbehaltene, aus der feudalen Zeit des Mittelalters stammende, nur mit einigen polizeistatlichen Anbauten versehene Ruine das Land Mecklenburg. Den mit dem Geiste des modernen Staates erfüllten Zeitgenossen klingt Manches, was dann und wann aus dem Lande der Döbtriten berichtet wird, fast ungläublich. Soeben kommt wieder eine solche Kunde aus dem Lande Mecklenburg, deren Einzelheiten wir einer Darstellung der „Kostlosen Abendzeitung“ entnehmen.

Der moderne Staat beruht auf Rechten, die allen Bürgern in gleicher Weise zu gute kommen. Der alte feudale Staat beruht auf Vorrechten, auf „Privilegien“, die einem Theile der Gesamtheit auf Kosten der Uebrigen verliehen sind. Dieser Gegensatz von Rechten und Vorrechten ist noch heute auch im übrigen Deutschland noch nicht ausgeglichen. Unser heutiges politisches Leben basiert darauf. Der Liberalismus kämpft für allen Bürgern in gleichem Maße zukommende Rechte. Die Reaction ist immer bestrebt, einer Minderheit Vorrechte auf Kosten der Gesamtheit zu verschaffen. Alles, was einen Sondervortheil auf Kosten Anderer erstrebt, muß sich der Reaction in die Arme werfen — sei es ein Priester, der für seine Kaste die alleinige Herrschaft auf kirchlichem Gebiete erstrebt, der jeden Laien nur als ein Individuum aus der großen rechtlosen „Herde“ betrachtet; sei es ein Junker, der die ehemaligen Vorrechte seines Standes gegenüber dem Bürger und Bauern wieder erneuern will und alle einfluß- und ertragreichen Stellen im Staate als von Gottes und Rechtswegen seinem „Stand“ zukommend betrachtet; sei es ein Industrieller, der die Käufer seiner Fabrikate durch Zölle zwingen will, für diese einen höheren Preis anzulegen; sei es ein Handwerker, der sich die unbedingte Concurrenz, die ihn zur Anspannung aller seiner Kräfte zwingt, durch Zunftprivilegien vom Hals schaffen will. Alle diese Interessenten, welche größeres Einkommen und größeren Einfluß nicht durch eigene Thätigkeit, sondern durch mittelaltlichen Mittel erzielte Zurückdrängung der Interessen Anderer, auf Kosten der Gesamtheit erwerben wollen, bilden zusammen den reactionären Rattenchwanz, welcher willig der Peise folgt, die ihm die Vorrechte, die ihm die Bevorzugung seiner Sonderinteressen auf Kosten der Allgemeinheit verspricht.

Während man sonst neue Privilegien erstrebt, besitzen in Mecklenburg noch viele der alten Privilegien aus feudaler Zeit in voller Blüthe. Natürlich hat sich die Ritterschaft den Hauptantheil daran zu erhalten gewußt. Aber auch die Städte haben sich aus alter Zeit mancherlei Privilegien gewahrt. Diese städtischen Privilegien kommen aber nicht allen städtischen Bürgern, sondern nur den bevorzugten Klassen zu Gute. Die Stadt Rostock erfreut sich z. B. einer ausgedehnten Selbstver-

waltung. Wer aber nicht Mitglied eines der vier bürgerschaftlichen „Quartiere“ ist, hat gar keinen Theil daran, sondern ist als Bürger der Commune rechtlos. Im Jahre 1848 hat man die alte Einrichtung der „Quartiere“ abgeschafft und eine Stadtverordnetenversammlung nach modernem Muster eingeführt; als aber auch in Mecklenburg die junge Saat der Freiheit bald durch einen reactionären Rückschlag geknickt wurde, wurde im Jahre 1851 die neue Stadtverordnetenversammlung aufgelöst, und die alten „Quartiere“ mit ihren Privilegien für einzelne Klassen wurden wiederhergestellt, ein sehr großer Theil der Bürgerschaft wieder rechtlos gemacht: doch sprach dabei die großherzogliche Regierung die Erwartung aus, „daß G. G. Rath sich ehe baldigst mit den bürgerschaftlichen Quartieren über ein Bürgerauschuß-Statut einige und dasselbe der Regierung zur Befähigung vorlege.“

Darüber ist jetzt ein volles Menschenalter vergangen, das „ehe baldigst“ ist aber noch nicht eingetreten, noch immer besteht die Einrichtung die alten Quartiere fort, noch immer ist ein großer Theil der Bürgerschaft rechtlos. Da ist denn vor einiger Zeit ein „Städtischer Verein“ gegründet worden zu dem Zweck, Reformen der allseitig als mangelhaft anerkannten Stadtverfassung anzubahnen. Der junge Verein hatte erst zwei Sitzungen abgehalten, als ihm auf Veranlassung der Regierung durch die Polizei bedeutet wurde, darüber Auskunft zu geben, ob er ein politisches Gremium ist. Der Verein darf nicht unter die Kategorie der Vereine, die in der öffentlichen Meinung einen günstigen Eindruck gemacht haben, gerechnet werden. Er ist ein Verein, der die Interessen der Bürger und Bauern nicht zu vertreten vermag, sondern nur die Interessen der städtischen Ritterschaft vertritt. Er ist ein Verein, der die Interessen der städtischen Ritterschaft vertritt, die in auffälliger Weise die überflüge Regierungsallmacht und Regierungsweltlichkeit einer verschwundenen Periode manifestirte, die dem Staatsbürger seiner Inferiorität wegen die Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten untersagen wollte, es ihm als Annäherung auslegte, wenn er sich der Regierungsweltlichkeit gegenüber überhaupt nur ein Urtheil erlaube. Der vom 1. Mai 1884 datirte

Beschied des mecklenburg-schwerinschen Ministeriums ist ein würdiges Seitenstück dazu. Weil das Ministerium in seiner Allweisheit befürchtet, daß ein Verein, der sich lediglich mit communalen Angelegenheiten beschäftigt, eine nicht ersprißliche Thätigkeit entfalten könnte — worauf diese Befürchtungen basiren, wird gar nicht angegeben — darum wird die Thätigkeit des Vereins von vorn herein unmöglich gemacht! Man ersieht daraus, daß die mecklenburgischen Staatsbürger seitens ihrer Regierung als ein unreifes, unmündiges Volk angesehen werden. Seitens der mecklenburgischen Mitglieder der deutsch-freisinnigen Partei ist angeregt worden, daß im Reichstage die Wiedereinführung Mecklenburgs in die Reihe der constitutionellen Staaten zur Sprache gebracht und auf Ausführung gedungen werde. Man erstrebt aus diesem Vorfall, wie sehr nöthig dies ist. Es geht doch nicht, daß die mecklenburgischen Staatsbürger, welche durch die Reichstagswahlen mit zur Entscheidung der allerwichtigsten Expeditionsfragen des Reichs berufen sind, durch ihre Regierung für unfähig erklärt werden, eine ersprißliche Thätigkeit aus nur auf dem engsten communalen Gebiete zu entfalten!

## Politische Uebersicht.

Der Bericht der Commission für das Sozialistengesetz liegt nunmehr gedruckt vor. Die Abstimmung im Plenum des Reichstages wird jedenfalls am Freitag erfolgen. In der Commission hat sich bei der Formulirung des Schlusses zu dem Bericht, der die Erwartung im Ausdruck, daß dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Session ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, welcher den durch die bestehende Gesetzgebung nicht genügend getroffenen Gefahren, welche aus verbrecherischer Anwendung oder aus der unbefugten Bereitung, Innehaltung und Verbreitung von Sprengstoffen hervorgehen, entgegentritt, ein eigenthümlicher Zwischenfall abgespielt. Die Konservativen — und nach einem Berichte auch der Minister v. Puttkamer — brangen darauf, daß die Commission beim Plenum die Ablehnung der Regierungsvorlage beantragen sollte. Die Commission hat ihrerseits allerdings abgelehnt, insofern Stimmengleichheit als Ablehnung gilt; aber sie kann, eben weil Stimmengleichheit vorhanden war, betreffs der Vorlage gar nichts beim Plenum beantragen. Es ist bezeichnend, wenn gleich ein greifbarer Zweck nicht vorhanden war, daß man von gouvernementaler Seite durchaus einen Antrag auf Ablehnung provoziren wollte; es befähigt, wohinaus die Wünsche auf dieser Seite gehen.

Wie verschiedenen Blättern berichtet wird, ist Herr v. Bennigsen zu dem Entschlus, an dem nationalliberalen Parteitage Theil zu nehmen, durch eine zu ihm nach Hannover entsandte Deputation seiner Parteigenossen im Parlament, bestehend aus den Herren v. Benda, Buhl und Döbelshäuser, bewogen worden. Danach darf man um so mehr erwarten, daß durch die Mitwirkung des Herrn v. Bennigsen die Rücksicht auf die gegenwärtigen positiven Aufgaben der politischen Thätigkeit auf dem Parteitage, im Gegensatz zu den Pfaffen, zu ihrem Rechte kommen werden.